

**Protokoll  
über die 14. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 25.08.2005**

**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 20:30 Uhr  
**Ort:** Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046

**Anwesenheit**

**Vorsitzender**

Sembritzki, Erika Die Linkspartei.PDS

**1. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

**2. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

**ordentliche Mitglieder**

Meslien, Daniel SPD  
Riedel, Georg-Christian CDU  
Woywode, Robert CDU

**stellvertretende Mitglieder**

Leppin, Patricia Unabhängige Bürger  
Marksteiner, Klaus Die Linkspartei.PDS  
Schulz, Andreas Die Linkspartei.PDS

**beratende Mitglieder**

Baumotte, Peter

**Verwaltung**

Junghans, Hermann  
Meer, Ludger  
Selke, Achim  
Subke, Bärbel

**Gäste**

Sobotzki, Adalbert  
Wilke, Lothar Dr.  
Wolf, Peter

**Leitung: Erika Sembritzki**

**Schriftführer: Katy Berend**

**Festgestellte Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 13. Sitzung vom 09.06.2005
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Umsetzung des SGB II
  - 4.1. Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II  
Vorlage: 00702/2005/1
5. Beschlussvorlagen aus dem HA
  - 5.1. Neuauflage Regionales Förderprogramm A 3.1 (Lohnkostenzuschüsse für kleine und mittelständische Unternehmen)  
Vorlage: 00659/2005
6. Beratung von Anträgen aus der StV
  - 6.1. Sicherung Fortbestand der "Zukunftswerkstatt Schwerin e.V."  
Vorlage: 00531/2005
7. Sonstiges
  - 7.1. Vorschlag Sitzungskalender 2006
  - 7.2. Vergabe Fördermittel 2006

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

##### Beschluss:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Dem Wunsch eines Ausschussmitgliedes, über den Sachstand zur Vergabe Fördermittel 2006 informiert zu werden, wird entsprochen. Der Punkt wird unter TOP 7 "Sonstiges" behandelt.

Mit dieser Veränderung wird die Tagesordnung bestätigt.

#### zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 13. Sitzung vom 09.06.2005**

##### Bemerkungen:

Da das Protokoll der Sitzung vom 9. 6. 2005 nicht mit den Sitzungsunterlagen verschickt wurde und den Ausschussmitgliedern erst während der Sitzung übergeben wird, wird die Protokollkontrolle in der nächsten Sitzung vorgenommen.

Der von Frau Dr. Bank geäußerte Wunsch, die Thematik der Realisierung von Schulabschlüssen als separaten Tagesordnungspunkt zu behandeln, wird in einer der nächsten Sitzungen umgesetzt.

#### zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

##### Bemerkungen:

- Familienförderung  
Die Verwaltung wird sich nach Information von Herrn Junghans intensiv mit der Thematik "Familienförderung" auseinandersetzen. Die Erkenntnisse sollen in eine Fachtagung münden, die für das I. Quartal 2006 vorgesehen ist. Im Mittelpunkt der Diskussion sollen u. a. Themen wie die Betreuungssituation, die Betreuungskostensituation und die Stärkung des Bewusstseins für junge Eltern/Mütter stehen.
- Sozialhilfefinanzierungsgesetz  
Der aktuelle Gesetzentwurf liegt vor und wird derzeit von der Verwaltung geprüft. Der bisher strittige Punkt, der die Fallzahlen des Jahres 2004 als Grundlage der Berechnung vorsah, konnte mittlerweile ausgeräumt werden. Verhandlungsführer ist der Städte- und Gemeindetag. Frau Sembritzki ergänzt die Ausführungen und informiert, dass sie als Vertreterin des Städte- und Gemeindetages in dem beim Kommunalen Sozialverband gebildeten Beirat mitarbeitet.

##### Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

## zu 4 Umsetzung des SGB II

### zu 4.1 Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II

Vorlage: 00702/2005/1

#### Bemerkungen:

Die Verwaltung begründet zu Beginn ihrer Ausführungen die Notwendigkeit der Erstellung von Richtlinien zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II. Sie verweist zum einen auf die finanziellen Probleme, die den städtischen Haushalt aus den bereits mehrfach dargestellten Gründen mit zusätzlich rund 7,5 Mio. € belasten. Darüber hinaus entspricht die bisher zur Anwendung gekommene Regelung mit einer Nettokaltmiete in Höhe von 4,25 €/qm nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten auf dem Wohnungsmarkt.

Aus diesem Gründen hat die Verwaltung den Vorschlag erarbeitet, aus den Faktoren Wohnungsgröße (40 qm für eine Person, 15 qm für jede weitere im Haushalt lebende Personen), Betriebskosten (2 €) und angemessene Nettokaltmiete (4,50 €) einen Gesamtbetrag zu errechnen, der die angemessene Höhe der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung darstellen soll. Innerhalb dieses Gesamtbetrages sind Verschiebungen bei den einzelnen Faktoren möglich.

Bei der bisher in Anwendung gebrachten Regelung entstehen jährlich Kosten in Höhe von 29,4 Mio. €. Kommt es zur Verabschiedung der vorliegenden Richtlinie, werden Kosten in Höhe von 21,9 Mio. € erwartet.

Die Verwaltung sieht in dem Vorschlag die Aspekte Einsparung, Flexibilität und Rechtmäßigkeit gewahrt. Dennoch räumt sie ein, dass sich die Richtlinie in der Praxis bewähren muss und detailliertere Regelungen für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden können.

Der Forderung von einigen Ausschussmitgliedern nach konkreten Angaben, wie viele Bedarfsgemeinschaften welche Wohnraumgröße bewohnen, kann seitens der Verwaltung aus Datenschutzgründen und aufgrund fehlender Personalkapazität nicht entsprochen werden. Auch über 1-Euro-Jobs ist diese Aufgabe nicht ausführbar.

Ziel der Verwaltung ist es, die Richtlinie unmittelbar nach Beschlussfassung der Stadtvertretung am 26. 9. 2005 in Kraft treten zu lassen.

Frau Sembritzki bittet darum, einen Artikel zur Angemessenheit der Unterkunftskosten, erschienen im Ratgeberportal "Beamte 4U", als Anlage zum Protokoll zu nehmen.

#### Beschluss:

Nach intensiver Diskussion wird der vorliegenden Richtlinie mehrheitlich zugestimmt. Ein Ausschussmitglied nimmt nicht an der Abstimmung teil.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	1



**zu 5      **Beschlussvorlagen aus dem HA****

**zu 5.1    **Neuaufgabe Regionales Förderprogramm A 3.1 (Lohnkostenzuschüsse für kleine und mittelständische Unternehmen)****  
**Vorlage: 00659/2005**

**Bemerkungen:**

Seitens der Verwaltung wird zunächst darauf hingewiesen, dass in der Richtlinie des Landes die Festlegung getroffen wurde, die zur Verfügung gestellten Mittel ausschließlich von der Kommune ausreichen zu lassen. Sie kritisiert gleichzeitig, dass damit neben der Agentur für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitsuchende die dritte Behörde mit der Vermittlung von Hilfeempfängern in den 1. Arbeitsmarkt befasst ist.

Herr Woywode ist interessiert an Zahlen und Ergebnissen aus den Vorjahren. Die Verwaltung sichert zu, dieses Zahlenmaterial zur nächsten Sitzung nachzureichen.

**Beschluss:**

Die Ausschussmitglieder stimmen der Beschlussvorlage einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 6      **Beratung von Anträgen aus der StV****

**zu 6.1    **Sicherung Fortbestand der "Zukunftswerkstatt Schwerin e.V."****  
**Vorlage: 00531/2005**

**Bemerkungen:**

Herr Dr. Wilke, der als Gast zu diesem Tagesordnungspunkt eingeladen ist, erhält Rederecht.

Er knüpft in seinen Ausführungen an die bereits in den vorangegangenen Sitzungen dargelegten Informationen über Aufgaben und Strukturen an. Derzeit sind 130 Personen in Maßnahmen der Zukunftswerkstatt tätig. Es wird seinerseits eingeschätzt, dass bisher ca. 200 Personen dauerhaft in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten. Er erinnert daran, dass die Zukunftswerkstatt von den Stadtvertretern am 27. 5. 1992 ins Leben gerufen wurde und somit eine moralische Pflicht zum Erhalt der Zukunftswerkstatt bestehen würde.

Die Verwaltung legt in ihren Ausführungen dar, dass es nach wie Beschäftigungsförderung in Schwerin geben wird und auch die Vereinsstruktur der Zukunftswerkstatt erhalten bleiben soll. Allerdings soll die Zukunftswerkstatt in einen Trägerverbund – als Partner denkbar wären Diakonie, AWO und Caritas - integriert werden, der dauerhaft die Aufgaben ohne städtische Zuschüsse weiterführen soll. Aus diesem Grund wird die Verwaltung bereits im Haushaltsplanentwurf 2006 keine weiteren Zuschüsse für die Zukunftswerkstatt einplanen.

Gespräche zur Bildung des Trägerverbundes werden seitens der Verwaltung auf den Weg gebracht.

**Beschluss:**

Unter Berücksichtigung des Vorschlages des Verwaltung stimmen die Ausschussmitglieder nach eingehender Diskussion dem Antrag einstimmig zu. Die Verwaltung erhält die Möglichkeit, den bestehenden Vertrag mit der Zukunftswerkstatt den neuen Gegebenheiten entsprechend zu modifizieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 7 Sonstiges**

**zu 7.1 Vorschlag Sitzungskalender 2006**

**Bemerkungen:**

Da es sich beim 13. 4. 2006 um den Tag vor Karfreitag handelt, erhält die Verwaltung den Auftrag, diesen Termin um eine Woche vorzuverlegen. Die weiteren Terminvorschläge werden von den Ausschussmitgliedern akzeptiert.

**Beschluss:**

Mit der vom Ausschuss erbetenen Änderung wird der Sitzungskalender 2006 einstimmig bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 7.2 Vergabe Fördermittel 2006**

**Bemerkungen:**

Frau Sembritzki als Mitglied der Projektgruppe Fördermittel informiert die Ausschussmitglieder, dass ein erster Vorschlag zur Vergabe der Fördermittel 2006 vorliegt, dazu aufgrund der aktuellen Haushaltsdebatte jedoch noch keine weitere Entscheidung innerhalb der Verwaltung getroffen werden konnte.

Der generellen Aussage, dass keine weiteren Einsparmöglichkeiten erzielt werden können, stimmen die Ausschussmitglieder nicht uneingeschränkt zu. Der UA 47000 darf nicht losgelöst von anderen Bereichen betrachtet werden (z. B. Volkshochschule). Der Ausschuss erwartet von der Projektgruppe, dass dieser Aspekt bei der Erarbeitung der Vorschläge zur Fördermittelvergabe 2006 berücksichtigt wird.

gez. Erika Sembritzki

---

gez. Katy Berend

---

Vorsitzende

Protokollführerin